

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 25.10.2023
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:40 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Björn Kornmüller

Gemeinderat/-rätin

Herr Oliver Bossert

Freie Wähler

Frau Ortsvorsteherin Heike Christmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher

Frau Heidi Ochs

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Peter Kiesinger

Herr Steffen Langendörfer

Herr Roland Rädle

Herr Norbert Ried

SPD

Herr Manuel Haas

Herr Reinhard Haas

Herr Michael Nowotny

Frau Cornelia Nürnberg

Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther

Herr Thomas Guthmann

Herr Andreas Hartmann

Frau Sabine Kronenwett

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Gemeinderat ohne Fraktion

Herr Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Herr Jürgen Augenstein

Frau Sarah Esaias

Herr Simon Müller

Herr Benedikt Kleiner

Herr Ronald Knackfuß

Herr Joachim Guthmann

Sachverständige

Herr Hartmut Oesten BEG Durmersheim

Frau Corinna Deckenhof AK Energie

Herr Gottschlich Geschäftsführer Timon

Grundinvest

Abwesend:

Freie Wähler

GR Otto Höger – e -

GR Bodemer Alexander – e -

CDU

GR Günter Sing – e -

GR Jürgen Dummler – e -

Verwaltung

Petra Goldschmidt – e -

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Vorstellung der Bürgerenergiegenossenschaft Karlsbad**
Vorlage: 10/1551/2023
- 4 **Information und Beschlussfassung über die Planungs-**
überlegungen "Paulusstraße 2-10", Langensteinbach
Vorlage: 60/1047/2020
- 5 **Beratung und Beschlussfassung über die Planungsüber-**
legungen des Sportschützenverein Karlsbad zur Erweite-
rung der Schießanlage
Vorlage: 60/1543/2023

- 6 **Übersicht über Projekt und Abrechnung "Miteinander Zukunft gestalten"**
Vorlage: 10/1553/2023
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über das Leasing eines Dienstfahrzeugs für den Bürgermeister**
Vorlage: 20/1547/2023
- 8 **Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 3. Quartal 2023**
Vorlage: 20/1545/2023
- 9 **Genehmigung von Protokollen**
- 10 **Verschiedenes**
- 11 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 17.10.2023 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 25 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 19.10.2023 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Karcher Joachim, Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe.

zu 1 Bekanntgaben

Keine aus nichtöffentlicher Sitzung.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) erkundigt sich nach dem Umsetzen der Barrierefreiheit bei den Bahnhalttestellen. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert, dass Umbaumaßnahmen an den Bushalttestellen geplant werden. Sie sollen anschließend dem Gemeinderat vorgestellt werden. Für die Bahnhalttestellen sei die AVG verantwortlich.

GR Thomas Guthmann (Bündnis 90/Grüne) meint, dass die Bauarbeiten an der Realschule sehr laut seien und dadurch der Unterricht gestört werde. Er bittet darum, dies an die Baufirmen weiterzugeben. Der Vorsitzende sagt dies zu.

GR Günter Denninger (CDU) hätte gerne den Lärmaktionsplan der Gemeinde gesehen. Das Thema komme – so sagt Joachim Guthmann – noch im November in den Gemeinderat.

GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) regt an, den Runden Tisch Kitaleitungen / Gemeinde wieder zu initiieren. Der Vorsitzende antwortet, dass verschiedene "Runde-Tisch-Formate" wieder anlaufen. Der Kita-Bereich gehöre dazu.

zu 3 Vorstellung der BürgerenergiegenossenschaftKarlsbad Vorlage: 10/1551/2023

Der Arbeitskreis Energie-Sharing und Energiegenossenschaft stellt sich und seine Zusammenarbeit mit Durmersheim vor. Dies übernehmen Frau Corinna Deckenhof und Hartmut Oesten, Vorstand der BürgerEnergieGenossenschaft Durmersheim (BEG) eG. Auszüge aus dem Vortrag:

Vorteile einer BEG für die Karlsbader Bürgerschaft

- Attraktive Renditen, aktuell zwischen 3 und 4 Prozent
- Die Region wird gestärkt und bleibt attraktiv als Wohn- und Wirtschaftsstandort
- Bürgerinnen und Bürger können an Energieprojekten teilhaben
- Über die regional verankerten Projekte wird demokratisch mitbestimmt
-

Vorteile für die Kommune

- Know-How vor Ort
- Entlasten der Kommune durch Übernahme von Aufgaben
- Pachteinahmen für kommunale Dachflächen
- Bürgerschaft bewertet Projekte positiv wenn sie sich beteiligen kann

Das starke Interesse an erneuerbaren Energien in Karlsbad habe das Projekt befördert. Aus der Info-Veranstaltung (250 Bürgerinnen und Bürger) im Frühjahr haben sich 30 Personen als BEG-Akteure gebildet. Ohne eine BEG habe das Projekt Hamberg wenig Erfolgsaussichten. Bei einem Strategie-Workshop klärte sich, dass mit der BEG in Durmersheim Gespräche

geführt werden sollen. Dabei geht es darum, möglicherweise Mitglied in der BEG Durmersheim zu werden. Auf diesem Weg des Zusammenwachsens geht es jetzt weiter.

Die BEG-Durmersheim hat u.a. über 13 Jahre Erfahrung bei dem Thema. Sie arbeitet in überregionalen Projekten, bietet rentable und niedrige Einstiegsmöglichkeiten. Sie hat eine gute Reputation bei den Banken.

Aktuell beschäftigt sich der Karlsbader Arbeitskreis mit der Frage, wie Mitglieder geworben und für die Mitarbeit gewonnen werden können. Ferner geht es um die nächsten konkreten Schritte und das gegenseitige Kennenlernen. Das Projekt "Hamberg" wird geprüft und bewertet. Außerdem suchen die Verantwortlichen neue Projekte.

Mit der Gemeinde wolle der Arbeitskreis gut zusammenarbeiten und sich als Vertragspartner anbieten. Die Gemeinde könne auch Mitglied werden.

Diskussion im Gemeinderat

GR Roland Rädle (CDU) meint, dass das Projekt Hamberg bereits 2021 gestartet sei. Grundsätzlich wolle die Gemeinde bei diesem Vorhaben Einfluss haben. Eine Genossenschaft zu gründen sei aufwändig. Daher sei der Weg mit der BEG Durmersheim zusammen erfreulich.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) bezeichnet die BEG als das Nonplusultra. Für die belastende Seite der Energiewende (Flächenverbrauch) sei die Akzeptanz vor Ort und ein finanzieller Ertrag wichtig.

GR Reinhard Haas (SPD) sieht die BEG als "Leuchtturmprojekt" dem uneingeschränkt zugestimmt werden könne. GR Thomas Guthmann (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass die Kommune auch offensiv mitmachen solle. GR Michael Wenz (Freie Wähler) sieht den Weg positiv und weist darauf hin, dass zuerst versiegelte Flächen genutzt werden sollten.

Antrag an den Gemeinderat /Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Informationen und die Vorstellung zur Kenntnis nehmen

Zur Kenntnis genommen

zu 4 Information und Beschlussfassung über die Planungsüberlegungen "Paulusstraße 2-10", Langensteinbach Vorlage: 60/1047/2020

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Die Firma R&K Immobilien GmbH ist Grundstückseigentümerin der Immobilie Paulusstraße 2-10 (Flst.Nr. 8173) in Karlsbad-Langensteinbach. Das Grundstück ist derzeit mit 5 Mehrfamilienhäusern (33 WE) und 3 Gemeinschaftsgaragen (Baujahr ca. 1965) bebaut. Verkehrlich ist es über die "Paulusstraße" erschlossen. Anfang 2021 wurde dem Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt eine Konzeption zur zusätzlichen baulichen Nutzung des Grundstücks vorgestellt. Ursprünglich sollten 2 neue Wohngebäude (je 6-8 WE) mit Tiefgarage und ein Kindergartenneubau realisiert werden. Aufgrund der komplett veränderten Situation am Immobilienmarkt hat der Investor davon Abstand genommen. Im Kindergarten "Die kleinen Strolche" sind Veränderungen gewünscht und notwendig, auch um Sicherheit für die Zukunft zu haben. Die Verwaltung hat daher wieder mit der o.g. Firma Gespräche geführt. Mit eingebunden in das Verfahren ist zwischenzeitlich die Firma Timon Grundinvest GmbH. Bei der Kita würden die Qualitätsstandards erhöht. In Sachen Pflege könnte selbstbestimmtes Wohnen vor Ort möglich sein. Beim

Pflegethema sei dieses Vorhaben ein guter Beginn jedoch noch keine abschließende Lösung für den gesamten Bedarf. Gut sei auch die Nähe zum Klinikum.

Geschäftsführer Nil-J. Gottschlich erläutert die Konzeption, die beim Bau- Planungs- und Umweltausschuss Zustimmung fand.

Projekt “Gemeinsam Leben in der Paulusstraße”

Ausgangssituation:

Einer Bedarfserhebung zufolge hat ein Großteil der älteren Bevölkerung von Langensteinbach den Wunsch, bei leichtem oder intensivem Pflegebedarf möglichst lange selbstständig zu Hause wohnen bleiben zu können. Dieses ist jedoch aufgrund der fehlenden baulichen Voraussetzungen im eigenen Haushalt oft nicht möglich. Bei den meisten älteren Bürgern ist demzufolge ein Umzug in eine betreute Wohngemeinschaft einem Umzug in ein Pflegeheim vorzuziehen. Momentan ist der Anteil an altersgerechten Wohnungen bzw. Wohnformen in Karlsbad eher gering.

Zudem fehlen auch zahlreiche Kinderbetreuungsplätze.

Das Konzept:

Den vorhandenen Bedarf möchte der Investor mit einem Konzept zu den Neubauten in der Paulusstraße schließen: Aufgeteilt auf 3 Baukörper sollen 14 barrierefreie Seniorenwohnungen, 1-2 Wohnpflegegemeinschaften + Pflegeambulanz sowie eine KiTa entstehen.

Die seniorengerechten Wohnungen sind konzipiert für ältere Menschen, die unabhängig wohnen wollen und dabei die Sicherheit einer pflegerischen Versorgung sowie den Komfort von weiteren begleitenden Dienstleistungen in Anspruch nehmen möchten. Die geplanten Wohnungen sind barrierefrei, mit eigener Küche und komplettem Badezimmer. Die Bewohner bringen ihre eigenen Möbel mit und richten sich selbst ein, so dass auch weiterhin ein Gefühl von „zu Hause sein in der eigenen Wohnung“ bleibt. Zudem gibt es generationenspezifische Angebote in den Gemeinschaftsräumen, was zu einer Stärkung des Zusammenhalts der Bewohner durch gemeinsame Aktivitäten führt und so auch einer Vereinsamung im Alter entgegenwirkt. Der im Nachbargebäude verortete ambulante Pflegedienst versorgt bei Bedarf und auf Abruf auch die Bewohner in den Seniorenwohnungen. Vorgesehen sind außerdem zusätzliche Unterstützungsangebote im nichtmedizinischen Bereich und die Zusammenarbeit mit einer regionalen Sozialstation geplant. Ebenso können Gemeinde, Vereine und weitere Institutionen eingebunden werden.

Die Wohnpflegegemeinschaft richtet sich an Menschen, die bereits von Anfang an einen höheren Pflegebedarf haben und gleichzeitig nicht alleine leben wollen oder können. Dabei hat jeder Bewohner ein eigenes großes Zimmer als Privatsphäre für sich allein. Die weiteren Räume der Wohnung z.B. Wohnzimmer, Küche, Flure usw. stehen allen Bewohnern zur Verfügung und schaffen Gemeinschaft und Begegnung. Die Zimmer in den Wohnpflegegemeinschaften sind ebenfalls barrierefrei. Ein Betreuungs- und Pflegedienst übernimmt die Versorgung der Bewohner rund um die Uhr. Dieser wird zentral organisiert und hat seinen Stützpunkt innerhalb der Wohnpflegegemeinschaft.

Die KiTa ist für 3-4 Gruppen mit Inklusionsräumen geplant. Für die genaue Größe und Zusammensetzung der Gruppen sowie den sich daraus ergebenden individuellen Raumbedarf

fen benötigen wir eine Bedarfsermittlung durch die Gemeinde. In der KiTa ist auch ein Gemeinschaftsraum „Begegnungsstätte der Gemeinde“ vorgesehen – in diesem können sich die älteren Bewohner der Nachbarschaft, die Familien sowie die Kinder bei gemeinsamen Veranstaltungen/Treffen in einem Generationenaustausch begegnen.

Bauliche Umsetzung:

Das Konzept teilt sich auf 3 Baukörper auf: In Baukörper 1 soll der Bereich Servicewohnen mit insgesamt 14 Seniorenwohnungen entstehen, in Baukörper 2 die Wohnpflegegemeinschaften mit 2x5 Zimmern + Gemeinschaftsräumen sowie im EG der ambulante Pflegedienst und für Baukörper 3 ist eine 3-4 zügige Kita vorgesehen.

Baukörper 1: Seniorenwohnungen

Die 14 Ein-Zimmer-Wohnungen mit jeweils ca. 40 qm plus ca. 6 qm Balkon sind barrierefrei und mit optionalem Notrufsystem ausgestattet. Das Gebäude hat 3,5 Geschosse und im UG ist eine Tiefgarage geplant.

Baukörper 2: Wohnpflegegemeinschaft

Die Zimmer der Wohnpflegegemeinschaft sind ca. 24 qm groß und haben jeweils ein eigenes Bad, sowie eine gemeinsame Küche und einen Gemeinschaftswohnraum. Im EG sind die Flächen für einen ambulanten Pflegeservice/Sozialstation vorgesehen. Auch dieses Gebäude hat analog zum benachbarten Baukörper eins 3,5 Geschosse und im UG eine Tiefgarage.

Baukörper 3 – Kita

Dieses Gebäude hat eine Höhe von ca. 10,5 Meter. Die ursprünglich im EG geplante Tagespflege entfällt. Dadurch wird die KiTa auf alle 3 Etagen vergrößert.

Zusammenfassung:

Der Bedarf an seniorengerechten Wohnungen mit angebundener Pflegeeinrichtung ist in Langensteinbach erheblich. Durch die Bereitstellung von 14 Seniorenwohnungen sowie einer Wohnpflegegemeinschaft für 10 Bewohner könne dieser zumindest teilweise gedeckt werden. Der Betrieb einer KiTa auf demselben Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft ergibt wechselseitige Vorteile für die gesamte Bewohnerschaft und führt das Wohnareal zu einem erlebbaren Miteinander im Sinn des Generationenwohnens. Alle Wohnungen sollen im Teileigentum aufgeteilt und bevorzugt der Bevölkerung von Langensteinbach zur Miete oder zum Kauf zur Verfügung gestellt werden.

Diskussion im Gemeinderat

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) bewertet das Vorhaben positiv, ebenso GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne). Er bittet darum, dass auch in den Bestandsgebäuden saniert wird. GR Roland Rädle (CDU) freut sich, dass nach der zweijährigen Pause das Thema wieder weiterlaufe. Auf der Fläche müsse halt verdichtet werden, es gebe jedoch Perspektiven. GR Reinhard Haas (SPD) findet u.a. die Kombination „Alt“ und „Jung“ sehr gut und stimmt uneingeschränkt zu. GR Oliver Bossert (FDP/Liberale Liste) meint, dass das Vorhaben die Gemeinde noch lebenswerter macht.

Auf Nachfrage zur Zeitschiene meint Joachim Guthmann, dass die erforderlichen Schritte beim Bebauungsplan und das Bauvorhaben insgesamt 3-4 Jahre dauern könnten.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle über das beigefügten Planungskonzept diskutieren, diesem zustimmen und die Verwaltung beauftragen die weiteren Schritte zur Umsetzung zu veranlassen.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die Planungsüberlegungen des Sportschützenverein Karlsbad zur Erweiterung der Schießanlage Vorlage: 60/1543/2023

Joachim Guthmann hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Der Sportschützenverein Karlsbad beabsichtigt, die bestehende Schießanlage in Karlsbad-Ittersbach zu erweitern. Das Stammgrundstück hat die Gemeinde dem Verein per Erbpacht überlassen.

Der Verein hat heute ca. 400 Mitglieder. Angeboten werden die klassischen Schießsportarten und das Bogenschießen. Dieses wird immer beliebter. Auch überregional ist der Verein bekannt und hat 2 Schützen im Nationalkader der Bogenschützen. Für aktive Mitglieder besteht derzeit eine Warteliste, da die Nachfrage sehr groß ist. Vor allem beim Bogenplatz gibt es Platzprobleme, so dass der Verein bereits vor wenigen Jahren ein Erweiterungskonzept erstellt hat.

Erweiterung des Außengeländes – Bogenplatz:

Die bestehende Schießlinie soll mit neuer Breite (zusätzlich ca. 15/20 Meter) und Länge (ca. 30/40 Meter) für bis zu 12 Scheibenplätze entstehen. Der bisherige Platz ist ca. 85 Meter lang und an der Schießlinie ca. 16 m breit. Die angedachten Zusatzflächen befinden sich im Eigentum der Gemeinde. Sie liegen im an die Sportanlage angrenzenden Waldbereich. Diese Flächen befinden sich innerhalb des Landschaftsschutzgebiets „Albtal- und Seitentäler“ und sind ferner als FFH-Gebiet geschützt.

Problematisch sei, so Guthmann, dass die Planungen nicht einfach umgesetzt werden könnten. Es sei fraglich, ob durch die Gutachten die Genehmigungsfähigkeit für die Erweiterung der Schießanlage begründet werden könne. Hier müsste nachgewiesen werden, dass das öffentliche Interesse (die Notwendigkeit für die Erweiterung durch den SSV) gegenüber dem Interesse am Erhalt der Lebensraumtypen des LSG und des FFH-Gebiets überwiegen.

Ohne ein positives Ergebnis einer durchzuführenden FFH-Verträglichkeitsprüfung könne das Vorhaben nicht realisiert werden. Sollte diese positiv ausfallen, müssten im Anschluss verschiedene weitere Planungs- und ein Waldumwandlungsverfahren beantragt werden. Der Verein würde auf eigenes Risiko und Kosten über ein Gutachten prüfen lassen, ob dieser Weg möglich wäre. Ein positives Votum des Gemeinderates sei dafür elementar.

Ortschaftsrat und Bau- Planungs- und Umweltausschuss hätten sich mehrheitlich für das Vorhaben des Vereins ausgesprochen.

Diskussion im Gemeinderat

GR Roland Rädle (CDU) meint, dass es einerseits um geschützte Flächen gehe, andererseits wäre es auch eine „Sportart im Grünen“. Im Hinblick auf den Zulauf beim Verein sollte das Vorhaben ermöglicht werden. GRin Heike Christmann (Freie Wähler) signalisiert ebenfalls Zustimmung auch im Hinblick auf die Jugendarbeit und den eher geringen Flächenbedarf. Eher schwierig sei die Waldumwandlung, so GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne). An-

dererseits habe der Verein Zulauf und ein Verlegen der Fläche sei nicht möglich. Falls die vorgesehene Prüfung positiv ausfalle, werde sich die Fraktion enthalten. GR Reinhard Haas (SPD) meinte u.a., dass der Verein eine Zukunft brauche und Ausgleichsflächen ausgewiesen würden.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle über die Erweiterungsüberlegungen des SSV Karlsbad beraten und beschließen, diese von kommunaler Seite unterstützend zu begleiten.

Mehrheitlich beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

zu 6 Übersicht über Projekt und Abrechnung "Miteinander Zukunft gestalten" Vorlage: 10/1553/2023

Sarah Esaias fasst die wesentlichen Schritte im Prozess anhand der Vorlage zusammen und trägt diese vor. Die Zahlenzusammenstellung wird von ihr sowie dem stellvertretenden Rechnungsamtsleiter Simon Müller erläutert.

Es entwickelt sich keine größere Diskussion zu dem Thema. Vereinzelt äußern sich Gemeinderäte. Eher kritisch sieht GR Hans Kleiner das Thema. Seiner Ansicht nach hätten mehr Themen aus dem Seniorenbereich von Spes bearbeitet gehört. Ähnlich äußert sich GR Günter Denninger (CDU). GRin Heike Christmann (Freie Wähler) meint, dass mit den geplanten und nicht verwendeten Mitteln mehr Bürgerbeteiligung hätte gemacht werden können. GR Reinhard Haas (SPD) hingegen verweist auf das befürwortete Projekt "Paulusstraße". Dieses entspreche den Bedarfen von Seniorinnen und Senioren.

GR Roland Rädle (CDU) sieht das Zusammenführen der Prozesse als sinnvoll an. Der Vorsitzende nennt aus seiner Sicht positive Beispiele aus der Arbeit von MZG.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Übersicht und den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Zur Kenntnis genommen

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über das Leasing eines Dienstfahrzeugs für den Bürgermeister Vorlage: 20/1547/2023

Der Vorsitzende verlässt den Sitzungskreis und Bürgermeister-Stellvertreter Roland Rädle (CDU) übernimmt den Vorsitz. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungskreis.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage.

Im Gremium werden keine Rückfragen gestellt. GR Peter Kiesinger (CDU) ergänzt, dass der Punkt a) eigentlich seitens der Verwaltung zu entscheiden gewesen wäre. Gegen ein Abstimmen im Block gibt es keine Einwände.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

- a) Der Gemeinderat beschließt dem Bürgermeister der Gemeinde Karlsbad einen Dienstwagen zur Verfügung zu stellen.
- b) Alle Fahrten innerhalb des Gemeindegebietes sind der dienstlichen Nutzung zugeordnet.
- c) Die außerdienstliche Nutzung des Dienstwagens des Bürgermeisters wird zugelassen und außerhalb des Gemeindegebietes entsprechend mit dem höchsten Entschädigungssatz nach § 6 LRKG (derzeit 0,35 Euro/km) abgerechnet.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

**zu 8 Beratung und Beschlussfassung der Spendenannahme im 3. Quartal 2023
Vorlage: 20/1545/2023**

Der Vorsitzende nimmt wieder im Sitzungskreis Platz und hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Ebenso nimmt GR Joachim Karcher (Freie Wähler) wieder im Sitzungskreis Platz. Der Vorsitzende dankt den großzügigen Spender/innen auch im Namen der Gemeinde Karlsbad und der Spendenempfänger herzlich.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die Geldspenden in Höhe von 4.149,42 €, sowie die Sachspenden in Höhe von 283,12 € anzunehmen.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 9 Genehmigung von Protokollen

Die Protokolle der Sitzungen vom 26.7.2023 und 27.9.2023 werden genehmigt.
GR Günter Denninger (CDU) bittet darum, seine Äußerung am 27.9.2023 zum TOP 4 – Deutsche Glasfaser - wie folgt hier aufzunehmen: Er will wissen, wie es sich mit dem Netzentgelt / Wirtschaftlichkeit bei der einseitigen Verlegung von Glasfaser in der Hauptstraße Langensteinbach verhält. Gegenüber liege ja bereits ein BLK-Netz. Herr Watteroth habe dazu gesagt, dass die Gemeinde nur bei dem BLK-Netz ein Netzentgelt bekomme. Beim Eigenausbau durch die Deutsche Glasfaser in der Hauptstraße gegenüber gebe es kein Netzentgelt für die Gemeinde. Der Ausbau werde realisiert, wenn mindestens 33 Prozent der möglichen Kunden diesen auch wollten.

zu 10 Verschiedenes

Der Vorsitzende erinnert an eine Einladung von Albtal Plus auf der offerta.

Jürgen Augenstein sagt, dass das Bewertungsteam / Verfahren vom Weihnachtsmarkt neu zusammengestellt/gemacht wird. Frau Reuter koordiniere das Thema. Seitens des Gemein-

derates gibt es folgende interessierte “Juroren” bzw. “Jurorinnen” dafür: GR Michael Nowotny (SPD), GR Karl-Heinz Ried (Freie Wähler), GRin Heidi Ochs (Freie Wähler) und GR Norbert Ried (CDU).

Der stellvertretende Rechnungsamtsleiter Simon Müller informiert, dass die Finanzprüfung 2015 – 2020 ohne Beanstandungen abgeschlossen worden sei.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informiert über die Sperrung der Bahnlinie S11 wegen Bauarbeiten AVG. In diesem Zuge werden auch Arbeiten in der Erschließung des Baugebietes im Bereich der Schienen/ Querungen durchgeführt. Diese erfolgten auch nachts sowie sonn- und feiertags.

zu 11 Fragen der Zuhörer

Ein Zuhörer erkundigt sich, wie es nach der gescheiterten Übernahme der Hausarztpraxis Dr. Dollinger weitergeht. Der Vorsitzende sagt, dass bei ihm bereits ein runder Tisch aller Beteiligten stattfand. Die Gemeinde könne hier nur unterstützen und die Übernahme von Praxen so attraktiv wie möglich machen sowie Kräfte bündeln. Es werde versucht, das Beste daraus zu machen. Allerdings müsse die Kritik nach oben in Richtung Land und Bund gehen. Diese hätten deutlich mehr Möglichkeiten, etwas zu regeln.

gez. Björn Kornmüller
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Joachim Karcher
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson